

Kaum Azubis aus dem EU-Ausland

Wieso in Berlin so wenig Auszubildende einen Job suchen

Aus dem europäischen Ausland kommen nur relativ wenige Jugendliche mit staatlicher Hilfe für eine Ausbildung nach Berlin. Von aktuell knapp 2400 Auszubildenden, die durch das bundesweite Förderprogramm MobiPro-EU unterstützt werden, sind bloß 85 in Berlin. Das teilte die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (BfA) auf Anfrage mit. Über das 2013 initiierte Programm der Bundesregierung werden junge EU-Bürger für eine Ausbildung an deutsche Unternehmen vermittelt.

Dass nicht mehr Azubis kommen, liegt offenbar am Angebot: Es gibt kaum Projekte von Unternehmen, die ausländische Jugendliche an den Berliner Arbeitsmarkt vermitteln. Dabei werden angesichts des Fachkräftemangels in manchen Branchen derzeit dringend Azubis gesucht. Im Ausbildungsjahr 2017/18 blieben nach Angaben der IHK Berlin knapp 1200 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Es kommen vor allem Spanier und Italiener

Auch von den Programm-Teilnehmern, die 2017 ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen, waren den Angaben zufolge nur 1,8 Prozent in Berlin. Sie seien vor allem aus Italien und Spanien gekommen. Die meisten gingen demnach in die Altenpflege oder in den Hotel- und Gastronomiebereich. Das Förderprogramm läuft derzeit aus, 2016 startete der letzte Ausbildungsjahrgang.

Weder die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BfA noch die IHK Berlin, der Nordost-Regionalverband des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe oder die Handwerkskammer Berlin haben Programme, um europäische Azubis anzuwerben. Der Hotel- und Gaststättenverband Berlin verweist auf den hohen Aufwand, der mit der Anstellung ausländischer Azubis verbunden sei. Wegen der Wohnungsnot sei etwa die Unterbringung sehr teuer, sagte Kerstin Jäger, Assistentin der Geschäftsführung. Oft mangle es zudem an den nötigen Sprachkenntnissen. Auszubildende in Deutschland besuchen neben ihrer Arbeit im Betrieb die Berufsschule und müssen dafür Deutsch können. Die Berliner Arbeitsagentur sieht in der Hauptstadt vor allem ein sogenanntes Matching-Problem: Zwar gebe es eine hohe Anzahl von unbesetzten Stellen, sagte Sprecher Johannes Wolf. Gleichzeitig fänden viele Jugendliche keine Ausbildung. Die Arbeitsagentur versuche daher in erster Linie, die vorhandenen Bewerber an die Unternehmen mit offenen Stellen zu vermitteln. Ausländische Azubis anzuwerben, würde das Problem nicht lösen, so der Sprecher. **dpa**



Schulleiterin (l.) Mengü Özhan-Erhardt aus Tempelhof beim Workshop mit Schülern
CHRISTIAN KIELMANN (5)

Wie arbeitet es sich so als Lehrer?

SUSANNE LEINEMANN

Da sitzen sie, die Berliner Lehrer des Jahres 2025, womöglich auch erst 2026. Denn so lange wird es wohl noch dauern, bis sie mit Staatsexamen vor einer Klasse stehen. Rund 180 Oberschüler der Stadt sind zum Zukunftscampus „Neue Lehrkräfte für Berlin 2018“ in der Humboldt-Universität zusammengekommen und man kann sagen, diese jungen Menschen sind begehrtes Gut in der Hauptstadt. Pädagogen werden händelnd gesucht. Ob die Teilnehmer von heute nach dem Abitur wirklich den Weg des Lehramts einschlagen? Man weiß es nicht genau. Aber eine Tendenz scheint sich schon zu verspüren, sonst säßen sie nicht hier im Hörsaal. Nun gilt es, aus dem Fünkchen Begeisterung ein Feuer der Entschlossenheit zu entfachen.

Einer will ans Gymnasium, die andere an die Grundschule

Leo denkt an Sport und Englisch am Gymnasium. Emilia überlegt Kunst und Deutsch an der Sekundarschule. Marie will womöglich Englisch und Deutsch an der Grundschule machen. Und Alaa? Der möchte als Lehrer bei einer Berufsschule anfangen. Schließlich hat er neben dem Abitur auch schon eine abgeschlossene Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker gemacht. Mit kleinen Kindern, das sei „nicht so sein Ding“. Mit Jugendlichen zu arbeiten

Beim „Zukunftscampus“ werben Pädagogen bei Abiturienten für ihren Beruf – und hoffen, so den Nachwuchs für den Job zu begeistern

dagehen schon. „Ich will das, was ich gelernt habe, weitergeben“, sagt er.

Spaß haben, etwas beizubringen. Spaß haben, selbst zu lernen. Wer das mitbringt, der ist in dem Beruf richtig. „Und man muss Menschen mögen. Kinder, Jugendliche, die Eltern“, meint Andreas Stephan, selbst Studienrat, der in der Senatsverwaltung für Bildung das Referat Lehrerbildung leitet. Es sind heute viele erfahrene Pädagogen zusammengekommen, die in Workshops aus der Praxis erzählen. Sie stehen den Schülern Rede und Antwort.

Es wird ehrlich geredet. Die neugierigen Schüler, die ja jetzt noch auf der anderen Seite des Lehrertisches sitzen, dürfen alles fragen. Gesprochen wird mit ihnen nicht wie mit Schülern, sondern wie mit zukünftigen Kollegen. Manches Geheimnis wird gelüftet. Auch, wie schwer es am Anfang ist, sich als Autorität zu fühlen. Seit zwei Jahren ist jetzt beispielsweise Francesca Lüddecke Gymnasiallehrerin in Schöne-weide. „Mein erster Elternanruf war furchtbar“, erzählt sie. „Wie lange ich

da vorher vor dem Telefon saß.“ Die anderen Lehrer nicken verständnisvoll. Die Schüler schauen erstaunt. Lehr-Lampenfieber, das ist neu.

Seit 2016 wird der Zukunftscampus jährlich veranstaltet. Alle Berliner Universitäten machen mit: die Humboldt-, die Freie und die Technische Universität. Und die UdK – die Universität der Künste. Motor der Veranstaltung ist Stefan Kipf, der an der HU die Didaktik der Alten Sprachen lehrt. Er weiß, die Lehrerbildung ist langwierig. Sechseinhalb Jahre, schneller geht es nicht. Sechs Semester Bachelorstudium, dann vier Semester Master. Und danach noch das Referendariat von achtzehn Monaten. Am Schluss die Prüfung zum Staatsexamen. Voilà, das war es. „Puh, ist das lang“, stöhnt eine junge Gymnasiastin.

Und das in einer Zeit der Quereinsteiger, die nach einem vierwöchigen Crashkurs in Pädagogik auf Schüler losgelassen werden. „Der Frust an der Uni ist riesengroß“, sagt Stefan Kipf. Der ganze Aufwand und die anderen kriegen sofort Stellen auf Lebenszeit. Aber auf den Beruf lässt er nichts kommen. „Es ist ein extrem wichtiger Beruf.“ Einer, der die Gesellschaft prägt.

Schnell wird deutlich – die erfahrenen Kollegen freuen sich auf die „zukünftigen Kollegen“, die heute in die Räume der Professional School of Education der HU gekommen sind. Die Zeit, als junge Referendare im Lehrerzimmer stoffelig behandelt wurden, ist

vorbei. Ja, bestätigt Dimitri Livadiotis vom Oberstufenzentrum in Marzahn, das habe sich völlig geändert. Warum? Weil alle wissen: „Wenn man die neu ankommenden Lehrer nicht nett behandelt, dann sind die weg.“ Offene Stellen gibt es ja genügend in der Stadt.

Faule Säcke? Nicht in Zeiten der Ganztagschule

Und was beschäftigt viele der Schüler, die mit dem Lehrerberuf liebäugeln, wirklich? Die Frage: Wie viel Arbeit, wie viel Freizeit. Ex-Kanzler Gerhard Schröder mag ja mal Lehrer als „faule Säcke“ bezeichnet haben – zwölf Wochen Urlaub, nachmittags frei –, aber schnell wird klar, in Zeiten von Ganztagschule ist Lehrer ein zeitaufwendiger Beruf. Vorbereitung, Nachbereitung, Klausuren und Texte korrigieren, Elterngespräche, Klassenfahrten. „Als Lehrer hat man das Gefühl, nie fertig zu sein“, sagt Andreas Stephan. Man müsse gut organisiert sein.

Und, bei aller Liebe zu den Schülern, auch abschalten können. Dafür sind die Sommerferien da. „Da vergesse ich alle Namen“, erzählt Dimitri Livadiotis grinsend. „Das ist wie Speicher löschen.“ Im nächsten Schuljahr gehe es mit neuem Schwung wieder los. Bei einem sind sich aber alle einig: Es sei ein toller Beruf. „Wenn man sieht, die Kinder haben etwas gelernt, das ist so schön“, schwärmt Grundschullehrerin Nalan Sahin. Lebensverändernd schön.



Ich will meinen Schülern vermitteln: Leute, ich habe spät Deutsch gelernt. Das schafft ihr auch

Zozan, Referendarin, 26 Jahre



Ich will Lehrer am Gymnasium werden. Das ist einfach nett

Leonidas, 18 Jahre



Ich will Grundschullehrer werden, weil ich gut mit Kindern kann. Berlin braucht nette Lehrer mit starker Empathie

Erdem, 21 Jahre



Ich will gern so lehren, dass es den Kindern Spaß macht. Keinen Frontalunterricht

Sophie, 17 Jahre

Zweifel am Video-Volksbegehren

Berlins Datenschutzbeauftragte Maja Smolczyk sieht verfassungsrechtliche Bedenken

GUDRUN MALLWITZ

Berlins Datenschutzbeauftragte Maja Smolczyk hat massive Zweifel daran geäußert, dass die Unterschriften-sammlung zum Volksbegehren für mehr Videoaufklärung und Datenschutz rechtmäßig durchgeführt worden ist. Denn auf dem Vordruck für die Unterschriftenliste, den das Bündnis auf seiner Website veröffentlicht, werde zwar in Kurzform über einige Punkte der Gesetzesvorlage informiert, jedoch mit keinem Wort darauf eingegangen, dass zu den Videoaufnahmen auch Tonaufnahmen erfolgen sollen.

„Tonaufnahmen, in die Betroffene nicht einwilligen, stellen einen tiefen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar“, schreibt die Datenschutzbeauftragte in ihrer mehrseitigen Stellungnahme, die der Berliner Morgenpost vorliegt. Sie schlussfolgert: „Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Person, die sich mit ihrer Unterschrift für mehr Videoüberwachung in Berlin einsetzt, darüber hinaus eine Tonüberwachung befürwortet.“ Möglicherweise scheitert der Antrag des Bündnisses auf Einleitung eines Volksbegehrens daher bereits an der fehlerhaften Information der Bür-

ger, so Smolczyk. Die von Ex-Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) und Neuköllns früherem Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) mitgegründete parteiübergreifende Initiative hat am 19. Februar gut 25.000 Unterstützer-Unterschriften übergeben.

Ergebnis der Sammlung wird seit Freitag ausgezählt

Um die erste Stufe des Volksbegehrens zu erreichen, sind 20.000 gültige Unterschriften erforderlich. Das Ergebnis wird erst seit Freitag ausgezählt. Die Initiatoren mussten nach eigener Aussage Spendenbelege nachreichen. Die Unterschriften werden jetzt in den Bezirken überprüft, 15 Tage ist Zeit. „Danach wird die Innenverwaltung schnellstmöglich eine Einschätzung zur juristischen Zulässigkeit abgeben“, sagte Martin Pallgen, Sprecher von Innen-senator Andreas Geisel (SPD).

Die Datenschutzbeauftragte wollte die Zeit davor nutzen, ihre Bedenken mitzuteilen. Sie hält das Volksbegehren für „verfassungsrechtlich höchst bedenklich“. Der Gesetzesentwurf lasse jegliche Verhältnismäßigkeit vermissen, so Smolczyk. Außerdem ist der von den Initiatoren vorgelegte Gesetzesent-

wurf ihrer Ansicht nach auch unzulässig, weil das Land Berlin gar nicht über die geforderte Gesetzgebungskompetenz verfüge. Die Initiatoren werben auf ihrer Website überwiegend mit einer verbesserten Aufklärung von Straftaten, die Verlängerung der Speicherfrist solle den Strafverfolgungsbehörden bei der Aufklärung helfen und mit der Aufnahme von Tondaten wichtige Hinweise für die strafrechtliche Einordnung geben. Der Einsatz von Videotechnik sowie die zulässige Dauer der Speicherung zu Strafvollzugszwecken sei aber in der Strafprozessordnung bereits abschließend vom Bund geregelt. „Die geplanten landesgesetzlichen Regelungen wären daher verfassungsrechtlich unzulässig“, so die Datenschützerin.

Das Aktionsbündnis will etwa 50 kriminalitätsbelastete Orte überwachen lassen. Rot-Rot-Grün ist gegen eine flächendeckende Überwachung. Ex-Senator Heilmann sagte am Sonntag: „Die Stellungnahme der Datenschutzbeauftragten erfüllt nicht die Mindeststandards für juristische Gutachten.“ Auch setze sie sich nicht mit höchstrichterlichen Rechtsprechungen auseinander – und ignoriere, dass alle anderen Bundesländer bereits entsprechende Regelungen zur Videoüberwachung hätten.